31. März 2024 - Ostern für den Frieden: "Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit - Wiederbelebung des verdrängten pazifistischen Denkens" (Ostermarsch Rhein-Ruhr)

Ostermarsch Rhein-Ruhr 2024

Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit -

Wiederbelebung des verdrängten pazifistischen Denkens

OSTERN FÜR DEN FRIEDEN: KRIEGE BEENDEN! "NIE WIEDER IST JETZT!" GEGEN DIE ATOMARE BEDROHUNG UND DEN AUFRÜSTUNGS-WAHNSINN!

Anders als in Politik und Medien ist die Bevölkerung in Deutschland zu einem großen Teil gegen die Kriegsrhetorik und Militarisierung sowie den eskalierenden Aufrüstungswahnsinn mitsamt Atombedrohung eingestellt. Dies zeigt auch aktuell ihre mehrheitliche Ablehnung der Taurus-Lieferung, obwohl sie keineswegs zu den "Putin-Freunden" gehört. Die mitfühlenden Menschen in der Zivilgesellschaft lassen sich die pazifistische Grundhaltung nach den zwei Weltkriegen nicht durch anhaltende Propaganda austreiben, da das mörderische Kriegsgeschehen in der Ukraine und in Gaza einer schnellen Beendigung bedarf. Nur durch Deeskalation statt durch die Eskalationsspirale kann das Risiko eines Dritten Weltkrieges gemindert werden. Und nur Waffenstillstand und Verhandlungen können das Sterben und die Verwüstungen in der Ukraine und in Gaza beenden. Die politischen Akteure und die Leitmedien sind hingegen im rein militärischen Denken als verhängnisvolle Gedankenfalle gefangen. Politische Konflikte und Probleme können aber niemals durch Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden. In den Kriegen wird es keine "Gewinner" oder Sieger" geben, sondern nur Verlierer und Opfer auf beiden Seiten. Die Steigerung der Waffenproduktion bedeutet eine Steigerung der Tötungsmaschinerie.

Zu den 500.000 Toten in der Ukraine auf beiden Seiten (nach Schätzung der UNO) kommt noch ein Vielfaches an Verletzten, Verkrüppelten und Verstümmelten sowie Traumatisierten und Vergewaltigten sowie Geflüchteten hinzu. (In Gaza sind es über 30.000 Tote und 72.000 Verletzte und inzwischen auch Verhungernde). Das gegenseitige Hassen und Morden mittels immer mehr Waffen und Munition darf sich nicht weiter steigern. Auch Verteidigungswaffen sind Mordwerkzeuge. Experten sind sich einig: Nur durch Verhandlungen kann angesichts der von allen Experten festgestellten Pattsituation in der Ukraine der Frieden erreicht werden. Jede weitere Waffen- und Munitionslieferung

erhöht bei ihrem Einsatz die Zahl der Toten und Verletzten, der Zivilisten, Frauen und Kinder sowie der trauernden Mütter und Witwen der auf beiden Seiten gefallenen jungen Männer in Uniform (als "Kanonenfutter" bei den kriegerischen und geopolitischen Machtkämpfen). Bloße "Abschreckung" scheint nicht zu funktionieren und dient allein der Rüstungsindustrie. Der Ausspruch von Bundeskanzler Scholz "Ohne Sicherheit ist alles nichts" muss in Wahrheit lauten: "Ohne Frieden ist alles nichs."

Wie aber kann der Frieden gesichert werden? Hierzu sei ein aktuelles Buch empfohlen mit einer "Anleitung zur Belebung des pazifistischen Denkens" von Dr. Heinz Klippert, einem angesehenen und bundesweit bekannten Wissenschaftler und Pädagogen, der in der Lehrerausbildung methodisch auch auf die Erziehung zum Frieden und zur Kritikfähigkeit hinwirkt (derweil momentan die Bundeswehr in den Schulen bei Minderjährigen für den Militärdienst wirbt). "Wer das Hinterfragen von Konflikten und Kriegsursachen verlernt, öffnet den Demagogen und Kriegstreibern Tür und Tor und verspielt damit die Chance auf nachhaltige Friedenssicherung", schreibt Heinz Klippert in seinem Vorwort für die Kinder und Enkelkinder.

"Wer sich dagegen einen kritischen Geist bewahrt und andere Menschen und Völker angemessen zu verstehen, zu respektieren und für friedliche und gesichtswahrende Konfliktlösungen zu gewinnen versucht, wird für den Weltfrieden mehr tun können als all die Hardliner, Panikmacher und Bellezisten, die mit ihrer geballten Forschheit, Hybris und Konfrontationslust Gefahr laufen, unseren Planeten Erde leichtfertig aufs Spiel zu setzen." (Heinz Klippert).

Pazifistisches Denken veraltet und naiv?
Stattdessen Krieg als Mittel der Friedenssicherung?

Im Klappentext zum Buch von Heinz Klippert heißt es: "Pazifistisches Denken gilt als veraltet, wenn nicht gar als naiv und unmoralisch, wie die jüngst bemühte skandalöse Vokabel des "Lumpenpazifismus" bezeugt. Populär ist dagegen eine neue politische Entschlossenheit, die den Krieg als Mittel der Friedenssicherung erklärt. Heinz Klippert beleuchtet die Hintergünde menschlicher Destruktivität, kommentiert die Aufrüstungs-, Entspannungs und Friedenspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg und plädiert für einen reflektierten Pazifismus, der Waffeneinsätze zwar nicht ausschließt, wohl aber dem sensiblen Hinterfragen, Verstehen und Deeskalieren internationaler Konflikte die absolute Priorität zuweist."

Das Buch richtet sich an alle, die der Alternativlosigkeit politischer und militärischer Konfrontation widersprechen und pazifistische Denkweisen retten möchten. "Denn Schwarz-Weiß-Malerei bringt keinen Frieden**."** Und bloßes Freund-Feind-Denken erst recht nicht, so möchte man hinzufügen. Aus diesem Geist des Friedens und der Völkerverständigung ist auch der diesjährige Aufruf der Friedensbewegung zu den Ostermärschen in 2024 an Rhein und Ruhr im Europa-Wahljahr geprägt, der auch von den Gewerkschaften unterstützt wird.

"Kein Rückfall in ein Denken militärischer Konfrontation!"

Im Aufruf der Gewerkschaften zu den Ostermärschen "Nie wieder ist jetzt!" heißt es: "Wir wollen verhindern, dass wir zurückfallen in ein Denken der militärischen Konfrontation und der

geopolitischen Blockbildung". Es sei "höchste Zeit, den Irrglauben zu überwinden, Frieden ließe sich durch Aufrüstung und immer mehr Waffen schaffen." Das Friedensgebot des Grundgesetzes müsse konsequent umgesetzt werden. Hier der Wortlaut des DGB-Aufrufes:

"Friedensgebot des 75-jährigen Grundgesetzes ernst nehmen!"

"Dieses Jahr feiern wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes – und damit auch das dort verankerte Friedensgebot. Als Lehre aus zwei Weltkriegen hat sich Deutschland in seiner Verfassung dazu verpflichtet, als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen und sich nie wieder an der Vorbereitung eines Angriffskrieges zu beteiligen. Die Politik der Bundesregierung muss sich auch daran messen lassen, wie ernst sie das Friedensgebot des Grundgesetzes nimmt und ob sie dazu beiträgt, es mit neuem Leben zu erfüllen.

Wir wollen verhindern, dass wir zurückfallen in ein Denken der militärischen Konfrontation und der geopolitischen Blockbildung. Auch in Europa und seiner Nachbarschaft erleben wir eine neue Welle von Krieg, Gewalt und Terror. Zwei Jahre nach dem brutalen Überfall Russlands auf ihr Land ist für die Ukrainerinnen und Ukrainer die Aussicht auf Frieden in weite Ferne gerückt. Die russische Armee setzt ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg unbeirrt fort. Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine wenn es darum geht, ihr die Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstverteidigung zu ermöglichen."

"Irrglauben überwinden: Frieden schaffen mit immer mehr Waffen?"

"Aber auch die Schreckensbilder aus Israel bleiben in unserem Gedächtnis. Die barbarischen Massaker, die die Hamas dort an der Zivilbevölkerung begangen hat, sind mit Nichts zu rechtfertigen. Wir sehen die Bundesregierung in der Pflicht, gemeinsam mit ihren Partnern dafür zu sorgen, dass die Grenzen des humanitären Völkerrechts von keiner Kriegspartei überschritten werden. Angesichts der Zunahme bewaffneter Konflikte ist es höchste Zeit, den Irrglauben zu überwinden, Frieden ließe sich durch Aufrüstung und immer mehr Waffen schaffen."

"Abrüstung und diplomatische Ansätze zur Konfliktlösung"

"Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie das Friedensgebot des Grundgesetzes konsequent umsetzt. Wir fordern sie auf, sich mit aller Entschlossenheit für diplomatische Ansätze zur Konfliktlösung einzusetzen und neue Initiativen für die Wiederbelebung von Abrüstung, Rüstungs- und Rüstungsexportkontrolle auf den Weg zu bringen. Wir fordern eine Politik, die für Gewaltfreiheit, ein breites Sicherheitsverständnis und multilaterale Kooperation eintritt, statt sich auf militärische Bedrohungen und Freund-Feind-Rhetorik zu fixieren.

"Das Denken in Feindbildern überwinden"

"Wir brauchen eine Politik, die das Denken in Feindbildern überwindet, das den extremen Rechten in die Hände spielt. Sie spalten unsere Gesellschaften und wollen mit ihrem Nationalismus das europäische Friedensprojekt zerstören. Mit den Ostermärschen setzen wir ein

starkes Zeichen vor den Europawahlen: Für ein geeintes Europa, in dem wir solidarisch zusammenstehen gegen die ewig Gestrigen. Für ein geeintes Europa, das tragender Pfeiler einer neuen und dauerhaft stabilen internationalen Friedensordnung ist."

"Wir wollen friedlich im gemeinsamen Haus Europa leben!"

In einer Erklärung der Friedensbewegung zum Ostermarsch Rhein Ruhr 2014 zur Ukraine lautet es ähnlich: "Wir wollen einig und friedlich im gemeinsamen Haus Europa leben! Nein zu einem neuen Kalten Krieg! 100 Jahre nach Beginn des I. Weltkriegs treten wir ein für ein friedliches Europa. Für den aktuellen Konfliktherd Ukraine heißt das: Eskalation zur Kriegsgefahr stoppen: Truppenaufmärsche und Manöver der ukrainischen und russischen Armee sowie der NATO in der Ukraine und allen russischen Grenzgebieten sofort einstellen. Vertrauensbildende Maßnahmen statt Sanktionen."

"Rüstung und Militär lösen keine Konflikte!"

"Wir fordern: Sämtliche Rüstungsexporte aus EU- und NATO-Ländern nach Russland und in die Ukraine stoppen. Keine Aufrüstung von Anrainerstaaten Russlands und der Ukraine. Keine so genannte Ausbildungshilfe für Militär- und Polizeieinheiten, insbesondere nicht aus Deutschland. Wir wollen nicht nur eine zivile EU. Wir wollen eine Friedensperspektive für ganz Europa: Die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation sind genauso ernst zu nehmen wie die der Ukraine. Wir brauchen, 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, endlich eine stabile Friedensarchitektur für alle europäischen Nationen. Wir fordern alle Regierungen Europas einschließlich Russlands dazu auf, darüber in Verhandlungen einzutreten. "

"Atomwaffen verschrotten und keine Militärwerbung an den Schulen"

Weiter heißt es: "Eine neu aktivierte, an den genannten Forderungen orientierte OSZE könnte dazu den Rahmen abgeben. Wir fordern die Regierungen der EU-Staaten und der USA auf, nicht mit einer ukrainischen Administration zu kooperieren, an der rechtsextreme und faschistische Kräfte beteiligt sind. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen." Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) fügt hinzu: "Die Atomwaffen verschrotten und die Atomkraftwerke stilllegen! Keine deutschen Soldaten in alle Welt! Wir wollen keine Militärwerbung an den Schulen. Schluss mit Rüstung und Krieg!"

- *> Einzelheiten zum Ablauf und Programm des diesjährigen Ostermarsches siehe hier: http://s9y.ostermarsch-ruhr.de/*

Wilhelm Neurohr, 10. März 2024

Weitere Beiträge des Autors zu Friedensfragen im Lokalkompass etc. siehe hier:

https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2023/reden/wilhelm-neurohr-gelsenkirchen

https://www.lokalkompass.de/essen/c-politik/der-mensch-ist-gut-kampf-gegen-krieg-und-fuer-die-menschheit_a1921372

https://www.lokalkompass.de/haltern/c-fotografie/was-wir-von-der-friedensbewegung-des-vorigen-jahrhunderts-lernen-koennen_a1904159

https://www.lokalkompass.de/duesseldorf/c-politik/michail-gorbatschow-+-kommt-endlich-zur-vernunft-nie-wieder-krieg_a1831315

https://www.lokalkompass.de/haltern/c-politik/die-zivilgesellschaft-kann-zum-nachhaligen-frieden-beitragen_a1741393

https://www.lokalkompass.de/haltern/c-politik/verdraengt-das-kriegsgeschehen-die-prioritaet-fuer-den-klimaschutz_a1908641

https://www.lokalkompass.de/c-politik/frechheit-siegt-wie-die-fdp-politikerin-marie-agnes-strack-zimmermann-ihre-naehe-zur-ruestungslobby-verharmlost_a1825561

https://www.lokalkompass.de/gelsenkirchen/c-politik/wer-und-was-verbirgt-sich-hinter-der-deutschen-gesellschaft-fuer-auswaertige-politik-dgap-als-der-einflusreichsten-ruestungs-lobbyorganisation_a1912857

https://www.iwipo.eu/allgemein/wilhelm-neurohr-die-58-muenchener-sicherheitskonferenz-erneut-im-dienste-der-ruestungslobby/